

3 MARS 1942

519

166

E 2001 (D) 3/27

*La Division des Affaires étrangères du Département politique¹
au Ministère public de la Confédération*

Copie
L DR

Bern, 3. März 1942

Wir vernehmen², dass ein gewisser Jean Mussard, Direktor aus Biel, am 13. Februar anlässlich eines von der Schweizerischen Europabewegung «Europa-Union» Basel im Hotel Metropole veranstalteten Vortragabends, an dem er über das Thema «Wir Schweizer und das neue Europa» sprach, verschiedene ausfallende Bemerkungen gegen das Deutsche Reich gemacht habe. So soll er u. a. erklärt haben, die Behandlung der Kriegsgefangenen durch die Deutschen sei schlimmer als in der Sklavenzeit der Römer und das gleiche Merkmal der Brutalität zeige sich auch bei der Lösung der Rassenfrage. Der Vortrag soll von etwa 150 Personen, unter denen sich vornehmlich Anthroposophen befanden, besucht gewesen sein.

Wir wären Ihnen um Bericht über diesen von den Polizeiorganen sicherlich verfolgten Vortrag und über die von Ihnen allenfalls getroffenen Vorkehrungen dankbar. Der Artikel in der Nationalzeitung Nr. 77 vom 16. Februar vermag uns kein genügendes Bild zu vermitteln.

ANNEXE I

*Le Vorort de l'Union suisse du Commerce et de l'Industrie³
au Chef du Département de Justice et Police, Ed. von Steiger*

Copie
L

Presseäusserungen über
ausenwirtschaftliche Fragen

Zürich, 28. März 1942

Auf Grund verschiedener Beobachtungen haben wir uns kürzlich veranlasst gesehen, uns in einem Rundschreiben⁴ an unsere Sektionen zu wenden, um sie zu ersuchen, bei der Abfassung von Jahresberichten die den Zeitverhältnissen angemessene Vorsicht üben zu wollen. Wir gestatten

1. La lettre est signée par P. A. Feldscher.

2. Le Département politique a été informé par le biais de la Légation d'Allemagne à Berne. Cf. la notice (non reproduite) du 26 février 1942. De plus, le Vorort de l'Union suisse du Commerce et de l'Industrie adresse aux autorités fédérales une lettre (reproduite en Annexe I du présent document) au sujet de cette conférence de J. Mussard. Les activités de celui-ci et de l'Europa-Union continuent de préoccuper le Département politique par la suite, comme le montrent les Annexes II et III du présent document.

3. La lettre est signée par H. Homberger et E. Geyer.

4. La circulaire (non reproduite) du 24 février 1942 contient notamment le passage suivant: [...] Die Ausdehnung des gegenwärtigen Krieges auf neue Länder wie auch die stete Verschärfung,

uns, das Rundschreiben, das am 24. Februar zum Versand gelangt ist, zu Ihrer Orientierung beizulegen. Wie Sie ihm entnehmen wollen, haben wir die Gründe dargelegt, welche heute gebieterisch Zurückhaltung und Klugheit in den gedruckten Äusserungen verlangen, wobei wir noch einige speziell auf die wirtschaftlichen Verbände zugeschnittenen Bemerkungen anbrachten.

Es sind nun aber nicht nur die Jahres- und Geschäftsberichte, durch welche Äusserungen in die Öffentlichkeit getragen werden können, die unter den gegenwärtigen Umständen unterbleiben sollten. Auch die Presse und nicht zuletzt die Berichterstattung der Zeitungen über Vorträge können die gleiche Rolle spielen. In dieser Hinsicht ist uns eine Korrespondenz im Winterthurer «Landboten» über einen Vortrag besonders aufgefallen, den Herr Jean Mussard, Direktor der General Motors-Werke in Biel vor der Sektion Winterthur der Europa-Union über «Geistige Unordnung in Europa und schweizerischer Widerstandswille» gehalten hat. Im Bericht über diesen Vortrag, erschienen in Nr. 44 des «Landboten» vom 23. Februar 1942, ist folgender Passus enthalten:

«Was unsere Lage betrifft, so ist sie nicht verzweifelt, wenn wir an unsern Idealen festhalten und neue, höhere Ziele suchen. Wir wollen Idealisten bleiben. Mit den Clearingvorschüssen von einer Milliarde Franken an Deutschland, die in der Regel nicht mehr zurückbezahlt werden, haben wir uns den Frieden erkaufte und uns gegen Arbeitslosigkeit versichert. Wir liefern Waren, für die wir vielleicht keine Bezahlung erhalten. Die Milliarde Franken entspricht bei einem durchschnittlichen Stundenlohn von 1.40 Fr. dem Einkommen von 100 000 Arbeitern während drei Jahren. Wer in den Krisenjahren einen solchen Vorschlag für Arbeitsbeschaffung gemacht hätte, wäre rundweg als verrückt erklärt worden. Es war uns ja z. B. damals nicht möglich, das Geld für produktive Arbeitsbeschaffung durch den Ausbau unserer erst zu einem Drittel ausgenützten Wasserkräfte aufzubringen. Nun werden wir zu Leistungen gezwungen, zu denen wir uns vielleicht niemals aufge-
rafft hätten.»

Nach unserem Dafürhalten sind Äusserungen dieser Art angesichts der ausserordentlich schwierigen Verhältnisse, in unsern Aussenhandelsbeziehungen wie auch im Hinblick auf das stets wache Misstrauen der Kriegsparteien gegenüber den Handlungen der Neutralen äusserst unerwünscht, ja sie könnten unserem Lande unter Umständen ernsthaft schaden. Solche Ausführungen sind um so unverantwortlicher, als sie einer kritischen Beurteilung auch rein sachlich nicht standhalten. Wir möchten hier nur darauf hinweisen, dass der Clearingkredit an Deutschland nicht eine volle Milliarde beträgt, sondern seine obere Grenze auf 850 Millionen festgesetzt ist. Ausserdem ist es noch keineswegs sicher, dass der Kredit je in vollem Umfang beansprucht wird, während vermutlich ein Grossteil der Zuhörer, in Unkenntnis der nähern Umstände und des besondern Charakters eines Clearingkredites, sich über diesen ganz falsche Vorstellungen machte. Seit dem Abschluss des gegenwärtig geltenden Abkommens im Sommer 1941 ist die Inanspruchnahme des Vorschusses mit 150 Millionen Fr. stationär geblieben. Ebenso unhaltbar sind die Berechnungen, die Herr Mussard anstellte. Nur wenn man, wie er es tut, von der unzutreffenden Annahme ausgeht, dass sich der Kredit ausschliesslich in Arbeiterlöhne umsetze und also ausseracht lässt, dass auch die höheren Angestelltegehälter, die Kapitalverzinsung, der Geschäftsgewinn, die allgemeinen Spesen, die Materialkosten, die Amortisationen usw. eingerechnet werden müssen, und wenn man weiter mit

die die Instrumente der wirtschaftlichen Kriegführung erfahren, ziehen auch die Schweiz in steigendem Umfang in Mitleidenschaft. Dabei hängt für unser weiteres wirtschaftliches und politisches Schicksal viel davon ab, dass wir uns trotz allen Erschwerungen und kriegsbedingten Spannungen ein Mindestmass an Vertrauen und Verständnis seitens beider Kriegsparteien zu erhalten vermögen. Diese Situation gebietet uns dringend, auch in unsern Äusserungen grosse Vorsicht walten zu lassen. Man wird sich daher überlegen müssen, was man in den Darstellungen über das wirtschaftliche Geschehen während des Krieges sagen darf und wie es formuliert werden soll, und welche Tatsachen und Meinungen besser nicht ausgesprochen werden. Für die Verfasser von solchen Berichten kann es sich heute nicht mehr nur darum handeln, keine Verbote, wie etwa dasjenige der Publikation von Zahlen der Handelsstatistik, zu verletzen, sondern soweit als möglich auch auf den übrigen Gebieten alle Äusserungen zu unterlassen, die der Schweiz schaden könnten.

der übersetzten Ziffer von einer Milliarde operiert, kann man zu dergleichen weit überhöhten Zahlen gelangen. Die Behauptung, dass 100 000 Arbeiter während 3 Jahren auf Grund dieses Kredites für Lieferungen nach Deutschland tätig seien, muss in der Öffentlichkeit die Beschäftigung der schweizerischen Industrie für Lieferungen nach Deutschland in starker Übertreibung erscheinen lassen. Nicht weniger bedenklich ist weiter die von Direktor Mussard zum Ausdruck gebrachte Meinung, dass der Clearingkredit an Deutschland voraussichtlich nicht zurückbezahlt werde. Direktor Mussard ist nach dem Bericht im «Landboten» sogar so weit gegangen, den Clearingkredit als eine Art gerechtfertigten Kaufpreis für die Erhaltung des Friedens und die Bewahrung vor Arbeitslosigkeit hinzustellen. Es widerspricht nun zweifellos dem schweizerischen Interesse in krasser Weise, wenn in der Schweiz selber die Rückzahlung des Kredites offen angezweifelt wird. Ganz abgesehen von den Bestimmungen des gegenwärtig gültigen Abkommens, das bereits gewisse Vorschriften über die Abtragung der Vorschüsse aufstellt, und den gewaltigen wirtschaftlichen und finanziellen Folgen, die die Nichtrückzahlung des Kredites haben müsste, sei lediglich noch festgehalten, dass jede Äusserung, als würde die Schweiz einen Verzicht auf die volle Rückzahlung ohne grosse Widerstände hinnehmen, die Lieferungen nach Deutschland als Gratisarbeit der Schweiz für die eine Kriegspartei erscheinen lassen muss. Es könnte uns aber auf der andern Seite erheblich schaden, wenn der Eindruck aufkäme, die Schweiz rechne selber nicht ganz mit der Rückzahlung und betrachte nicht nur den Kredit als quasi Zwangsgeschenk an Deutschland, sondern überdies die dadurch ermöglichte Arbeitsleistung als eine Art Frondienst, wobei die bedeutenden deutschen Gegenleistungen, die erst durch diese Kreditgarantie erhältlich gemacht werden konnten, gänzlich ausseracht gelassen werden, obschon sie für das Durchhalten der Schweiz von entscheidender Bedeutung sind.

Es wird sich zwar nicht verhindern lassen, dass mündlich derartige Ungereimtheiten geäussert werden; indessen fragen wir uns doch, ob es für die Schweiz tragbar ist, dass sie in der Presse ohne jede Kontrolle gedruckt werden und damit an die breiteste Öffentlichkeit gelangen können. In bestimmten Fällen ist die Veröffentlichung von Meldungen, die unsere Aussenhandelsbeziehungen betrafen, während des gegenwärtigen Krieges u. W. zeitweise schon untersagt worden, wenn die Nachrichten nicht von offiziellen Stellen stammten oder diesen vorgelegt worden waren. Gerade gegenwärtig ist z. B. eine solche Weisung an die Presse in bezug auf die Wirtschaftsverhandlungen mit England wirksam. Angesichts des vorstehend erwähnten Artikels fragen wir uns ernstlich, ob es nicht am Platze wäre, durch entsprechende Vorschriften gegenüber der Presse zu verhüten, dass Meldungen und Behauptungen über die aussenwirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz oder wenigstens über bestimmte besonders heikle Fragen aus diesem Bereich ohne jede Kontrolle publiziert werden, auch wenn sie geeignet sind, dem Lande zu schaden. Es schwebt uns dabei in keiner Weise etwa die Unterbindung der öffentlichen Kritik vor, sondern lediglich die Verhütung der Verbreitung von Behauptungen und Darstellungen, die in sachlicher Hinsicht als objektiv unzutreffend beurteilt werden müssen und deshalb geeignet sind, im Inland, vor allem aber im Ausland falsche Vorstellungen über die tatsächlichen Verhältnisse, aber auch über die schweizerische Haltung zu verbreiten und damit Verwirrung zu stiften.

Indem wir uns gestatten, Sie zu bitten, unsern vorstehenden Erwägungen zur Frage der Pressepolitik während der gegenwärtigen Kriegszeit Ihre geschätzte Aufmerksamkeit schenken zu wollen, benützen wir den Anlass, Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat⁵, unserer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

5. *Cette lettre est également adressée aux conseillers fédéraux Stampfli, Wetter et Pilet-Golaz. Chargé des relations du DPF avec la presse, C. Rezzonico reçoit aussi une copie de cette lettre et remercie le Vorort par une lettre du 2 avril 1942. Il y écrit notamment: [...] Mit Ihnen halte ich dafür, dass die von Ihnen gerügten Presseberichterstattungen über wirtschaftspolitische Gegenstände den Interessen unseres Landes durchaus abträglich sind und dass bei der journalistischen Behandlung solcher Fragen die Beobachtung der den Gegebenheiten entsprechenden Zurückhaltung verlangt werden muss. Ich freue mich des Verständnisses, das Sie für diese Notwendigkeiten an den Tag legen und in Ihren Kreisen fördern (E 2001 (D) 3/27).*

ANNEXE II

*Notice du Chef de la Division des Affaires étrangères
du Département politique, P. Bonna*⁶

[Berne,] 14 avril 1943

Le Département a toujours adopté une attitude très réservée vis-à-vis de l'«Europa-Union», qui a eu, à certains moments, une attitude nettement «front populaire».

Avec l'Association pour la Société des Nations⁷, les rapports ont été, au contraire, à certains moments fort étroits; mais ils se sont beaucoup refroidis au moment de la guerre éthiopienne et plus encore après la mort du Professeur Bovet⁸, qui avait été remplacé par des éléments assez fanatiques. (La présidence de M. Rappard en 1940 marquait à cet égard un redressement.)

La collaboration de l'«Europa-Union» et de l'Association pour la Société des Nations semble montrer que les idéologues ont repris le dessus au sein de cette dernière. Le manifeste⁹ issu de cette collaboration est fort inopportun et doit nous engager à accentuer encore notre réserve. Il suffirait, à mon avis, de répondre à la communication faite par un bref accusé de réception signé par M^{lle} Trentini.

ANNEXE III

*Notice du Département politique*¹⁰

NH

[Bern,] 14. April 1943

Die *EUROPA-UNION* steht nicht in Beziehung zum Paneuropa des Grafen Coudenhove-Kalergi, dessen Ideen sie allerdings beeinflusst haben mögen, sondern sie bildet einen Zweig des New Common Wealth. Sie stellt eine *pazifistische Vereinigung* dar, die einen *föderalistischen Zusammenschluss der Staaten Europas* anstrebt. Ihre Mitglieder finden sich namentlich in den Reihen der sozialistischen und linksradikalen Parteien. In Frankreich war Herriot ihr bedeutendster Exponent.

Die Ideen werden bei uns namentlich durch die *Nationalzeitung* vertreten, deren *Redaktor Dr. Hans Bauer*, *Zentralpräsident* der schweizerischen Europa-Union ist. Die im Schosse der Europa-Union entwickelten wirtschaftlichen Postulate können durch folgende Stichworte einigermaßen gekennzeichnet werden: Recht auf Arbeit. Minimallohn. Familienlohn. Nebenbeschäftigung der Industriearbeiter in landwirtschaftlichen Siedlungen. Übertragung der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung an einen Wirtschaftsrat, der gleichzeitig die Zusammenarbeit der verschiedenen Wirtschaftsklassen organisieren sollte. Gleichberechtigung der Staaten im internationalen Wirtschaftsverkehr. Verständigung über die Verteilung der europäischen Absatzgebiete.

Jean Mussard aus Biel, Direktor bei den General Motors¹¹, auf den die wirtschaftlichen Postulate offenbar zum Teil zurückgehen, hat in der Europa-Union und auch vor anderem Publikum eine rege Vortragstätigkeit entfaltet, die als bedenklich bezeichnet werden muss (abfällige Äusserungen über Deutschland, die zu Vorstellungen der Deutschen Gesandtschaft Anlass geben. Irreführende und den Interessen der Schweiz abträgliche Auslassungen über den Clearing-Vorschuss an Deutschland, deretwegen der Vorort des Handels- und Industrievereins an die Bundesräte Pilet-Golaz, Stampfli und Wetter eine Eingabe richtete. Februar/März 1942).

6. *Annotation de Pilet-Golaz en tête du document*: 15.4.43.

7. *Sur les relations entre le Département politique et l'Association suisse pour la Société des Nations*, cf. notamment E 2001 (D) 4/70.

8. *Secrétaire général de l'Association*, E. Bovet est décédé en 1941.

9. *Non reproduit*.

10. *Signée par F. Schnyder*, cette notice est annotée par Pilet-Golaz le 15 avril 1943.

11. *Annotation de Pilet-Golaz dans la marge*: Hélas, je ne le connais que trop.

Die *Schweizerische Völkerbundsvereinigung* hat unter der Führung von Prof. Ernest Bovet, und solange der Völkerbund gedieh, eine sehr lebhaftige Tätigkeit entfaltet. Führende schweizerische Persönlichkeiten, wie Prof. Huber, Prof. Egger, Prof. Rappard, setzten sich für sie ein. Die Behörden nahmen regen Anteil an ihrer Tätigkeit. Prof. Bovet stand persönlich mit Bundesrat Motta in Verbindung, und das Politische Departement liess sich bei den Versammlungen der Vereinigung jeweils vertreten.

Der Zweck der Völkerbundsvereinigungen war, die Idee des Völkerbundes, der sonst ein blosses Instrument der Diplomatie geblieben wäre, in die Öffentlichkeit zu tragen und dort dafür zu werben. Grossen Einfluss hatte namentlich die britische Vereinigung. In Genf bestand ein Generalsekretariat des Weltverbandes.

Im September 1940 versandte die schweizerische Vereinigung ein Rundschreiben¹² an ihre Mitglieder. Darin wird ausgeführt, dass ausser der schweizerischen nur noch die britische und die überseeischen (besonders die amerikanische) arbeitsfähig geblieben seien. Der Generalsekretär habe sein Bureau in Genf geschlossen. Die schweizerische Vereinigung sei beauftragt worden, die laufenden Geschäfte zu besorgen und die Verbindung mit den noch bestehenden Stützpunkten der völkerbundsorientierten Friedensbewegung aufrecht zu erhalten. Mit dem Rundschreiben wurde den Mitgliedern ein Fragebogen zugestellt, in dem sie sich u. a. dazu zu äussern hatten, ob die Vereinigung zu liquidieren sei.

Prof. Rappard, der damalige Präsident schrieb in diesem Rundschreiben: ... dass ich meinerseits von der Unmöglichkeit überzeugt bin, in dieser Zeit eine nützliche Tätigkeit in der Öffentlichkeit zu entfalten. Da uns die Verhältnisse – wir hoffen alle, dass sie nur vorübergehender Natur sind – uns leider daran hindern, unsere Gefühle öffentlich zum Ausdruck zu bringen, ziehe ich eine Tätigkeit mehr privaten Charakters im Rahmen unseres bisherigen Aktionsfeldes – mit dem Ziel gründlicher Information und der Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls der Mitglieder – einer Neuorientierung vor, welche sich Ziele setzte, die uns zwar als Schweizerbürger gewiss interessieren, die aber der Vereinigung als solcher durchaus ferne liegen.

Im übrigen kann ich nur alle unsere Mitglieder, die ich meines treuen Gedenkens versichere, einladen, den Mut nicht zu verlieren, sondern jeder an seinem Ort mitzuarbeiten für eine freiere Menschheit.

Am 24. November 1940 fand dann unter Leitung von Prof. Rappard eine Generalversammlung der Vereinigung statt, bei der festgestellt wurde, dass die Rundfrage unter den Mitgliedern eine grosse Mehrheit für die Weiterführung der Vereinigung, die den Gedanken der zwischenstaatlichen Ordnung und des Bundes der Staaten pflegen und in eine bessere Zukunft hinüberretten müsse, ergab.

(Diese Versammlung fand im Schwarzen Korps vom 27.2.41 ein sehr ungnädiges Echo.)

Zentralpräsident der Vereinigung ist seit November 1940 Prof. de la Harpe in Neuenburg. In den von der Vereinigung – wie es scheint, in verlangsamer Aufeinanderfolge – publizierten «Mitteilungen» vom März/Juni 42 ist eine Rede, die Prof. de la Harpe im Januar 1942 in Zürich und im März 1942 in Genf vor den örtlichen Vereinigungen gehalten hat, abgedruckt. Er stellt darin in keineswegs polemisch gehaltenen Ausführungen den möglichen Sieg feudaler (totalitärer) Ideen und Mächte, die den Frieden in einem – einer neuen Anarchie rufenden – System der Über- und Unterordnung suchen werden, dem Sieg der föderativen (demokratischen) Ideen und Mächte gegenüber, die zur Sicherung des Friedens ein Instrument zur Ermöglichung eines billigen Ausgleichs der widerstrebenden Interessen brauchen werden.

Im übrigen fällt in den «Mitteilungen» folgender am 15. Mai 1940 publizierter Aufruf auf: Diese Nummer geht in einem Moment in Druck, wo der Überfall auf die drei niederländischen Kleinstaaten den Krieg im Westen in seiner ganzen Dämonie entfesselt hat.

Wir brauchen dieses neue Verbrechen nicht besonders zu brandmarken. Die dafür verantwortlichen Machthaber sind bereits vor der Weltöffentlichkeit gerichtet, und das Volk, das an diesem Unheil mitschuldig geworden ist, wird noch schwer dafür zu büssen haben. [...]

12. *Circulaire du 9 septembre 1940*, J I.149/1977/135/59.